

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Zur Regierungserklärung „Aktuelle Lage der deutsch-türkischen Beziehungen, Bekämpfung von Gewalt und Extremismus sowie Maßnahmen für eine verbesserte Integration der Ausländer in Deutschland“

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung des Rechtsextremismus und ausländerfeindlicher Tendenzen mit katastrophalen Folgen für das Zusammenleben sind gescheitert. Ein ganzes Bündel staatlicher Maßnahmen gegen Flüchtlinge und Immigrantinnen und Immigranten wurde und wird begleitet von einer kontinuierlich wachsenden Zahl ausländerfeindlich motivierter Straftaten.

2. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- vor dem Hintergrund dieser verheerenden Bilanz eine Umkehr in der Ausländer- und Flüchtlingspolitik einzuleiten;
- einen Bericht über sämtliche, die Ausländerinnen und Ausländer betreffenden Gesetze und Verordnungen und deren faktisch diskriminierenden Folgen vorzulegen;
- alle notwendigen Maßnahmen und Gesetze zu ergreifen und vorzulegen, die die vordringlichste Aufgabe des Abbaus von Benachteiligungen der nichtdeutschen Bürgerinnen und Bürger verwirklichen helfen.

Dazu gehören vor allem die Einführung eines aktiven und passiven Wahlrechtes für Bürgerinnen und Bürger nicht-deutscher Herkunft, die seit mehreren Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland leben, antirassistische Konzepte in der Bildungs- und Jugendpolitik, Minderheitenrechte der Immigrantenverbände sowie Klagerecht für Immigranten-, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen gegen Diskriminierungen im Alltag durch Gesetze, Verordnungen und Verwaltungen;

- den sachlich nicht begründbaren Widerstand gegen großzügige und unbürokratische Regelungen von Doppelstaatsbürgerschaft und Einbürgerungsregelungen aufzugeben und nicht weiter an dieser Frage neue Hierarchien unter den Ausländerinnen und Ausländern aufzubauen;
- die besondere Ausgrenzung der Flüchtlinge zu beenden und der Kampagne gegen sie durch Neuauflagen der Asyldebatte, wie es Innenminister Rudolf Seiters am 7. Juni 1993 in Konstanz und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 6. Juni 1993 im Fernsehen (SAT 1) getan haben, keine neue Nahrung zu geben.

Vordringlichste Maßnahmen hierfür sind die Auflösung der Flüchtlings- und Abschiebelager, die Zurücknahme des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Beendigung der Identifizierung von Kriminalität mit Flüchtlingen und Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in regierungsamtlichen Veröffentlichungen. Vordringlich in diesem Zusammenhang ist der Verzicht auf die statistischen Unwahrheiten zur Ausländerkriminalität, die dazu dienen, den Rechtsradikalen Argumentationshilfen zu geben;

- endlich für umfassenden Schutz von Asylheimen und Wohnungen ausländischer Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Eingerichtet werden müssen ein flächendeckender, mehrsprachiger Notruf sowie die minimalen Schutzeinrichtungen in den entsprechenden Wohnungen und Unterkünften. Wenn die Telekom in der Lage ist, Bürgern grenznaher Orte an der Ostgrenze Funktelefone zu Bedingungen eines Normalanschlusses zur Verfügung zu stellen, um illegale Flüchtlinge melden zu können, so sollte die Bundesregierung solche Anlagen für die Unterkünfte von Flüchtlingen erst recht finanzieren.

3. Der Deutsche Bundestag mißbilligt,

- daß die Bundesregierung – und insbesondere der Bundeskanzler – Solingen als Ergebnis der zu langen Duldung politischer und regierungskritischer türkischer und kurdischer Gruppen darstellen.

Bonn, den 15. Juni 1993

Ulla Jelpke

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Im Jahr 1992 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 6336 fremdenfeindliche Straftaten verübt und 17 Menschen (nach offiziellen Angaben der Bundesregierung) getötet. Im ersten Quartal 1993 hat sich die Anzahl der fremdenfeindlichen Straftaten zu denen im Vergleichszeitraum des Vorjahres noch einmal verdoppelt. Acht Menschen wurden allein in diesem Jahr (nach offiziellen Angaben der Bundesregierung) getötet.

In diese traurige Bilanz der Morde von rechts weigert sich die Bundesregierung u. a. aufzunehmen:

- drei Tote nach einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende in Lampertheim am 31. Januar 1992, da es angeblich keine politischen Motive für diese Tat der beiden Brandstifter gab;
- den am 4. März 1992 an den Folgen der Verletzung eines Skinhead-Überfalls vom Mai 1991 verstorbenen Matthias Knabe;
- einen am 24. August 1992 von einem Skinhead auf dem Marktplatz von Koblenz erschossenen Obdachlosen;
- einen am 15. Dezember 1992 in Siegen von Skinheads brutal getöteten fast blinden und geistig leicht behinderten Lagerarbeiter.

Auf jeden Fall bedarf es einer deutlichen Umkehr in der Ausländer- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, wenn der ansteigenden rechtsextremistischen Gewalt Einhalt geboten werden soll.

